UK-GL-01-052-2

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum:	25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 51 bis 56:
weniger Antibiotika. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren beenden. ~~Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten - selbst die der Bundesregierung - zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen.~~Wir werden daher dafür sorgen, dass auch unsere Bauern nicht mit hochsubventionierten Agrarprodukten anderer Länder oder durch Umweldumping verbilligten Importprodukten konkurrieren. Den Marktzugang für nicht ökologisch einwandfreie Produkte auch aus anderen Ländern werden wir auch auf EU-Ebene mit allen verfügbaren gesetzlichen Mitteln Schritt für Schritt erschweren.

Begründung

Ähnlich wie in anderen Politikbereichen sollten wir auch im Bereich Landwirtschaft alle Betroffenen ernst nehmen. Wenn grüne Politik durch immer schärfere Umweltschutzauflagen die Produzentenkosten erhöht, dann sollten wir auch höhere Preise oder andere Einokmmens- und Marktchancen mit durchkämpfen und nicht zusehen, wie unsere eigene Landwirtschaft daran zugrunde geht. Eigentlich müssten die Familienbetriebe der deutschen Landwirtschaft, die nach wie vor jedes Jahr weniger werden, unsere natürlichen Verbündeten sein – und nicht diejenigen, die wir an den Pranger stellen.

Ökologisch ist ein globaler Freihandel mit landwirtschaftlichen Produkten sowieso Unsinn. Weder brauchen die Amerikaner und Kanadier deutschen Billigkäse, noch brauchen wir chinesische Äpfel für Apfelschorle oder amerikanisches Hormonfleisch. Der globale Wettbewerb führt bislang nur zu übermäßiger Subvention, andernorts zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und umweltschädlicher Produktion, zwischen den Ländern zur Umweltverschmutzung durch Transporte und die damit verbundenen Emmissionen. Wir sollten wieder für lokale, möglichst geschlossene ökologische Kreisläufe in der Landwirtschaft antreten. Dazu gehört aber nicht nur, Exporte zu stoppen, sondern auch die eigene Landwirtschaft zu schützen.

Das geht aber nicht dadurch, dass man alle Verantwortung den "bewussten Kaufentscheidungen der Verbraucher" überlässt. Viele Verbraucher haben gar nicht die Lust und die Zeit, sich über jedes neue Siegel zu informieren und die Täuschungsmanöver der Industrie mit ihren eigenen Siegeln zu entlarven. Wir sollten dafür werben, dass wir als Bürger die bewusste Entscheidung treffen, mithilfe von Gesetzen bestimmte Produkte aus den Supermärkten zu verbannen. Nur die politische Freiheit ist hier die wahre Freiheit. Wer will sich denn ernsthaft beim Einkaufen jedes Mal eine halbe Stunde informieren müssen, welches Produkt nun wirklich ökologisch ist? Die Verlagerung gesellschaftlicher

Verantwortung von der Politik in den Supermarkt hat da doch enge Grenzen und endet im Lifestylegedudel des "Fit-for-Fun-Magazins als Müslifolklore.

Dazu kommt der finanzielle Aspekt: Wer als Geringverdiener sehr wenig Geld hat, der wird weiter billiges Fleisch kaufen oder die billige Milch kaufen, damit seine bzw. ihre Kinder genug haben und damit er oder sie am Monatsende nicht hungern muss. Wer will so arrogant sein, und es dieser Person verdenken? Wenn aber die Preise insgesamt steigen, muss das gestiegene Preisniveau auch bei den Löhnen und Sozialleistungen berücksichtigt werden. Dies kann nur Schritt für Schritt erfolgen.

Das ein paar Cent hier (wofür genau? ein Hanfseil für zwanzig Schweine?) reichen, glaubt wohl keiner. Die Initiative Tierwohl der Bundesregierung war jedenfalls eine Mogelpackung, wie viele Medien und auch die Verbraucherzentrale kritisierten. Wir sollten in unserem Wahlprogramm nicht die CDU-Verzögerungstaktik noch als Muster für ökologische und tierethisch korrekte Politik entschuldigen. Wir wollen auch nicht Politik auf der Grundlage von Gutachtern der Bundesrgierung machen, sondern auf der Grundlage der unhintergehbaren ökologischen Folgeerwägungen und unserer grünen Werte.